Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5976**

14. Wahlperiode 09. 05. 2001

Antrag

der Abgeordneten Hans-Werner Bertl, Herrmann Bachmaier, Eckhardt Barthel (Berlin), Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Anni Brandt-Elsweier, Petra Ernstberger, Monika Griefahn, Kerstin Griese, Hans-Joachim Hacker, Klaus Hagemann, Alfred Hartenbach, Anette Kramme, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Helga Kühn-Mengel, Christine Lambrecht, Winfried Mante, Dirk Manzewski, Lothar Mark, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Günter Oesinghaus, Margot von Renesse, Michael Roth (Heringen), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Gisela Schröter, Richard Schuhmann (Delitzsch), Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Erika Simm, Wieland Sorge, Ludwig Stiegler, Joachim Stünker, Jörg Tauss, Hedi Wegener, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Heino Wiese (Hannover), Hanna Wolf (München), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Initiative des Europäischen Parlaments zur Buchpreisbindung in Europa unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag sieht in der nationalen Preisbindung für Verlagserzeugnisse eine wesentliche Garantie für die Bewahrung der kulturellen Vielfalt und insbesondere für den Erhalt kleiner Verlage und ein flächendeckendes Angebot von Buchhandlungen. Er begrüßt vor diesem Hintergrund erneut, dass es der Bundesregierung nach langwierigen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission gelungen ist, die Buchpreisbindung in Deutschland durch eine nationale Regelung zu erhalten. Er sieht ferner mit Genugtuung, dass seine eigene Initiative zum Erfolg geführt hat, durch eine Klarstellung des § 15 Abs. 1 GWB festzulegen, dass Reimporte von Büchern und Verlagserzeugnissen unzulässig sind, wenn sich aus objektiven Umständen ergibt, dass diese nur zum Zwecke ihrer Wiedereinfuhr ausgeführt worden sind, um die bestehende Preisbindung in Deutschland zu umgehen.
2. Der Deutsche Bundestag sieht daher in der Initiative des Europäischen Parlaments nach Artikel 192 Satz 2 EG-Vertrag, für den Erlass einer Richtlinie einzutreten, wonach jeder Staat sowohl Preisbindungssysteme für Bücher festlegen, einführen oder aufrechterhalten kann, wenn diese kulturpolitischen Zielsetzungen dienen, ein wichtiges politisches Signal zur Förderung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt Europas.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

– die Initiative des Europäischen Parlaments nach Artikel 192 Satz 2 EG-Vertrag zur Erarbeitung einer Richtlinie über nationale Buchpreisbindungssysteme in Europa zu unterstützen und

– sich in den europäischen Gremien für die Umsetzung einer entsprechenden Richtlinie einzusetzen.

Berlin, den 9. Mai 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333